

Der Vollzugsdienst

4-5/2018 – 65. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Die Unwägbarkeiten der Föderalismusreform sind bekannt

AG Justiz trifft Bundesjustizministerin Dr. Katarina Barley

Seite 7

Pakt zur Bekämpfung von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst geschlossen

Politisches Abendessen des dbb Hessen in Wiesbaden

Seite 44

Die Erhöhung der besonderen Altersgrenze ist nicht hinnehmbar

VNSB im Gespräch mit Nds. Finanzminister Reinhold Hilbers

Seite 57

Foto: © bluedesign/AdobeStock



Quo vadis Strafvollzug?

Limburger Urteil gegen Vollzugsbedienstete schockiert

Mehr dazu auf Seite 1 dieser Ausgabe



Baden-Württemberg



Brandenburg



Sachsen

INHALT



BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Quo vadis, Strafvollzug ?
Limburger Urteil gegen
Vollzugsbedienstete schockiert
- 1 Vorhersehbar – kausal – objektiv
zuzurechen ... ???
Zwischenruf 2 aus Hessen
von Birgit Kannegießer
- 7 Arbeitstreffen der Tariffkommission
des BSBD
- 7 Unwägbarkeiten der Föderalismus-
reform sind bekannt –
AG Justiz trifft Bundesjustizministerin
Dr. Katarina Barley
- 8 Streikleiterkonferenz
tagte in Berlin
- 8 12. Deutscher Seniorentag:
Brücken bauen – Solidarität in der
Gesellschaft
- 9 Frauen 4.0:
„Ab durch die gläserne Decke“
- 10 Demokratie stand im Mittelpunkt
des Seminars
- 11 Ansehen des öffentlichen Dienstes
ungebrochen gut

LANDESVERBÄNDE

- 13 Baden-Württemberg
- 27 Bayern
- 29 Berlin
- 34 Brandenburg
- 38 Hamburg
- 43 Hessen
- 50 Mecklenburg-Vorpommern
- 56 Niedersachsen
- 60 Nordrhein-Westfalen
- 74 Rheinland-Pfalz
- 80 Saarland
- 81 Sachsen
- 83 Sachsen-Anhalt
- 89 Schleswig-Holstein
- 93 Thüringen
- 86 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

| | | |
|-----------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Bundesvorsitzender | René Müller | rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de |
| Stellv. Bundesvorsitzender | Horst Butschinek | horst.butschinek@bsbd.de |
| Stellv. Bundesvorsitzender | Sönke Patzer | soenke.patzer@bsbd.de |
| Stellv. Bundesvorsitzender | Alexander Sammer | alexander.sammer@bsbd.de |
| Stellv. Bundesvorsitzender | René Selle | rene.selle@bsbd.de |
| Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung | Anja Müller | vollzugsdienst@bsbd.de |
| Geschäftsstelle: | Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de | |
| Landesverbände | Vorsitzende | |
| Baden-Württemberg | Alexander Schmid | Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de |
| Bayern | Ralf Simon | post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de |
| Berlin | Thomas Goiny | mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de |
| Brandenburg | Rainer Krone | bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de |
| Bremen | Werner Fincke | werner.fincke@JVA.BREMEN.de |
| Hamburg | Thomas Wittenburg | thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de |
| Hessen | Birgit Kannegießer | vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de |
| Mecklenburg-Vorpommern | Hans-Jürgen Papenfuß | hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de |
| Niedersachsen | Uwe Oelkers | uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de |
| Nordrhein-Westfalen | Peter Brock | bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de |
| Rheinland-Pfalz | Winfried Conrad | bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de |
| Saarland | Markus Wollscheid | M.Wollscheid@justiz.saarland.de |
| Sachsen | René Selle | rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de |
| Sachsen-Anhalt | Mario Pinkert | mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de |
| Schleswig-Holstein | Michael Hinrichsen | hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de |
| Thüringen | Jörg Bursian | post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de |

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 6/2018:

⇒ ⇒ **11. Dezember 2018**



Auf Einladung des Personalrates:

Regierender Bürgermeister zu Besuch in der JSA

Einblicke in die vielfältigen Aufgaben der Jugendstrafanstalt

Zu einem Informationsbesuch hat der Regierende Bürgermeister, Michael Müller, Anfang August die Jugendstrafanstalt Berlin besucht.

Die Einladung, die der örtliche Personalrat ausgesprochen hat, wurde gerne angenommen und wurde zu einem intensiven Austausch sowohl mit den jugendlichen Inhaftierten, als auch mit den Beschäftigten und der Anstaltsleitung genutzt.

Auf dem Programm stand die Besichtigung von zwei Betrieben. Einmal die Tischlerei und die Zweiradwerkstatt.

Zudem wurde als wichtige Einrichtung die Sozialtherapeutische Abteilung aufgesucht. Der Eintrag in das „goldene Buch“ der Anstalt war natürlich Pflichtprogramm.

Bei dem sehr umfangreichen Programm konnte sich der „Regierende“ einen guten Eindruck von den vielfältigen Aufgaben im Jugendstrafvollzug verschaffen. Auch konnten die vielen Tätigkeiten der Kolleginnen und Kollegen, von der Schule bis zu Sicherheit dargestellt und auf die besondere Bedeutung der Jugendstrafanstalt für die Gesellschaft und die Jugendlichen



Michael Müller, Regierender Bürgermeister (l.); Thomas Bestmann, Personalratsvorsitzender und stellv. Landesvorsitzender BSBD Berlin.

hingewiesen werden. Nach der großen Geburtstagsparty zum 30-jährigen Bestehen der JSA war der Besuch des Bürgermeisters sicherlich ein weiteres wichtiges Datum in der Geschichte der JSA. Dank an den Personalrat und die Kolleginnen und Kollegen vor Ort, die dies möglich gemacht haben.



V.l.n.r. Herr Borchert (AL), Frau Adolph (LBQ), Frau Gerlach (Staatssekretärin) + Stab, Herr Müller (Reg. Bürgermeister von Berlin).
Fotos (2): BSBD Berlin

BSBD Berlin verurteilt Brandanschlag aufs Schärfste

Randalierer beschädigten Autos von Vollzugsbediensteten – Großer Sachschaden

Der BSBD Berlin hat den Brandanschlag auf das Auto einer Kollegin aus dem Justizvollzug Ende Juni auf das Schärfste verurteilt.

Nach Informationen der Polizei hat es sich um eine gezielte Tat gehandelt, bei der das Auto vollständig ausgebrannt ist. „Gott sei Dank hat die Kollegin keinen persönlichen Schaden genommen. Allerdings ist der Sachschaden sehr groß“, äußerte sich der Landesvorsitzende des BSBD Berlin, **Thomas Goiny**, zu dem sinnlosen Vorfall. Zu dem Anschlag hat sich offenbar eine linksextrémistische Organisation bekannt, und die betroffene Kollegin hatte auf dem Weg zur Dienststelle Dienstkleidung



getragen. Der **BSBD Berlin** empfiehlt deshalb allen Beschäftigten, besondere Wachsamkeit beim Fahren in Dienst-

kleidung walten zu lassen und sicherheitsrelevante Vorfälle und Beobachtungen unverzüglich der zuständigen Sicherheitsabteilung in den Vollzugsanstalten zu melden. Dagegen warnt der **BSBD Berlin** vor einer „Kapitulation“ des Rechtsstaats vor den Attacken extremistischer Gewalttäter auf diejenigen, die Recht und Gesetz Geltung verschaffen. Der Staat und seine Vollzugsorgane müssten weiterhin „Flagge“ zeigen und sich der Bevölkerung zu erkennen geben. Wie zwischenzeitlich bekannt wurde, sind die Autoscheiben eines Kollegen vor seiner Vollzugsanstalt eingeschlagen worden. Täter unbekannt. Es zeigt, dass die Beschäftigten des Justizvollzuges auch immer wieder Ziel von

Straftaten sind. Das ist nicht hinnehmbar. Zudem hat der **BSBD** Berlin vor der Sommerpause im Gespräch mit der zuständigen Fachabteilung erneut die Forderung gestellt, auch endlich dafür Sorge zu tragen, dass die Bediensteten in ihrer Dienstkleidung neben der BVG auch die S-Bahn und die Deutsche Bahn kostenfrei nutzen können.

Hier bedarf es einer politischen Entscheidung des Senats im Rahmen der Vereinbarung mit dem Verkehrsverbund Berlin/Brandenburg (VVB). Nach Aussagen der DB geht es dabei ausschließlich um die Kostenerstattung innerhalb des Verkehrsverbundes.

Hier erwartet der **BSBD** Berlin, dass sich der Justizsenator für die Umsetzung einsetzt.

Wir werden uns weiterhin für einen umfangreichen Schutz der Kolleginnen und Kollegen und deren Angehörigen einsetzen. Das gilt auch für den Schutz der persönlichen Daten. Der Justizvollzug ist ein wichtiger Bestandteil unseres Rechtsstaates, der bei solchen Anschlägen nicht klein beigeben darf, sondern muss mit allen Mitteln dafür Sorgen tragen, dass die Täter ermittelt und die Beschäftigten geschützt werden.

„Auch über diesen Weg wird Anerkennung und Wertschätzung gegenüber den Kolleginnen und Kollegen umgesetzt“, forderte **Thomas Goiny**.

Einkommensrunde 2019

BSBD Berlin erwartet schwierige Verhandlungen

Berliner SPD für schrittweise Anpassung an die Besoldung des Bundes

Die Einkommensrunde mit den Ländern zum TV-L (Tarifgemeinschaft deutscher Länder, TdL) und zum TV-H (Land Hessen) wird Anfang 2019 beginnen und wirft schon jetzt seine Schatten voraus. Anfang September hatte daher der dbb zu einer Streikleiterkonferenz geladen, an der auch der Vertreter des BSBD teilgenommen haben. Für Berlin haben der Landesvorsitzende Thomas Goiny und der Landestarifvertreter Bernd Loran teilgenommen.

Um sich bereits jetzt auf die kommenden Tarifverhandlungen vorzubereiten, hatte der **dbb** zu einer Streikleiterkonferenz Anfang September in Berlin eingeladen. Dabei wurden die organisatorischen Abläufe, von den internen Vorbereitungen, über die Forderungsfindung innerhalb des **dbb** und seiner Fachgewerkschaften, bis zu den Tarifverhandlungen besprochen und abgestimmt. Auch die Durchführung von Streikmaßnahmen wurde dargestellt. **Volker Geyer**, **dbb** Fachvorstand Tarif-

politik, informierte die mehr als 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zunächst über die allgemeine tarifpolitische Lage, insbesondere bezüglich der TdL.

Hier spiele der Abbruch der Tarifverhandlungen über eine Entgeltordnung zum TV-L durch die Arbeitgeber eine entscheidende Rolle.



Landesvorsitzender Thomas Goiny und Bernd Loran (JVA Tegel), Tarifvertreter des BSBD Berlin haben an der Streikleiterkonferenz teilgenommen.

Fotos (2): BSBD Berlin



Geyer stellte zudem fest, dass durch den Abstand der Entgelttabellen des TV-L zu den Tabellen des TVöD bereits jetzt klar sei, dass ein ganz erheblicher Nachholbedarf bestehe.

Dies sei insbesondere die Folge des sehr guten letzten Abschlusses mit Bund und Kommunen zum TVöD zu Beginn des Jahres 2018. Der **dbb** Tarifchef betonte außerdem, dass bei Einkommensrunden nicht nur auf Großkund-

Wir im Vollzug - Nähe ist unsere Stärke!

- Einführung der Anwärtersonderzuschläge
- Personaleinsparungen von 205 Beschäftigten verhindert
- Zahl der Ausbildungslehrgänge erhöht
- Zusätzliche Sicherheitsausstattung und Technik in den Justizvollzugsanstalten
- Wiedereinführung der Jubiläumszulage für Beamtinnen und Beamte ab dem 1.1.2016
- Übernahme aller Anwärterinnen und Anwärter nach der Ausbildung inkl. des Lehrgangs 222 und Übernahme-garantie seit 2015
- Besoldungserhöhungen in 2012 bis 2016 um 13%
- Anpassung der Justizvollzugszulage an Polizei- und Feuerwehrvollzugszulage um 31,85 € pro Monat rückwirkend zum 1.1. Januar 2016
- Erhöhung des Stellenkegels Besoldungsgruppe A8 von 31,5 auf 50%
- Privatisierung in den Vollzugsanstalten verhindert

Erfolgsbilanz des BSBD Berlin

gebungen und große Demonstrationen gesetzt werden sollte, sondern auch viele kleinere Aktionen entsprechende Wirkung erzielen könnten.

„Wir müssen den Arbeitgebern klar machen, dass wir – Beamte und Tarifbeschäftigte – als ein Block zusammenstehen“, gab **Friedhelm Schäfer**, **dbb** Fachvorstand Beamtenpolitik, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit auf den Weg. Wie in der Vergangenheit werde auch in Zukunft vom **dbb** ein ganzheitlicher Ansatz für beide Statusgruppen bei der Einkommensrunde verfolgt. Gerade weil die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Kommunal- und Landesbeamtinnen und -beamten in manchen Bundesländern nicht immer gelinge, sei es wichtig, dass auch die Beamtinnen und Beamten bei Demonstrationen während der Tarifverhandlungen bereits Präsenz auf der Straße zeigen. Nur so könne ausreichend Druck aufgebaut werden.

Das handwerkliche Grundgerüst vor und während Streiks wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern vom **dbb** Geschäftsbereich Tarif und vom **dbb** Geschäftsbereich Kommunikation vermittelt.

Ergebnis wie 2017 ausgeschlossen

Der **BSBD Berlin** erwartet schwierige Verhandlungen. Bereits vor der Sommerpause hatte Finanzsenator **Matthias Kollatz** bei einer Personalrätekonferenz klar gemacht, dass es ein ähnliches Ergebnis, wie in diesem Jahr beim Bund und den Kommunen abgeschlossen wurde, nicht geben wird. Einzelne Berufsgruppen sollen aber profitieren.

„Was danach übrig bleibt, wird dann auf die Tarifbeschäftigten verteilt. Es bleibt spannend, ob das Ergebnis für die Beamten/innen dann im kommenden Jahr auf den 1. April 2019 vorgezogen wird und wie sich dadurch das bundesweite Ergebnis neu berechnet“, äußerte sich der Landesvorsitzende **Thomas Goiny**. Der Vorschlag innerhalb der Berliner **SPD**, schrittweise die Besoldung an die des Bundes anzupassen, wird vom **BSBD Berlin** ausdrücklich begrüßt.

Mehr Informationen zum Thema unter: <https://www.dbb.de/arbeitnehmer.html>



CDU-Generalsekretär **Stefan Evers** (Bildmitte) am Info-Stand des **dbb berlin**.

Foto: **dbb berlin**

Motzstraßenfest

BSBD Berlin wieder vor Ort

Werbung für die vielfältigen Aufgaben des Justizvollzuges

Auch in diesem Jahr haben Kolleginnen und Kollegen der Fachgewerkschaften den Informationsstand des **dbb berlin** beim Motzstraßenfest (Nollendorfplatz) aktiv unterstützt.

Zu den vielen Gästen konnte am zweiten Tag auch der CDU-Generalsekretär der Berliner CDU, **Stefan Evers**, am Stand begrüßt werden. Wir haben dies zum Anlass genommen, um auch hier wieder Werbung für die vielfältigen Aufgaben des Justizvollzuges anzusprechen.

Auch gaben sich diverse Vorsitzende von Fachgewerkschaften des **dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin)** am Info-Stand ein Stelldichein. So konnten neben dem Landesvorsitzenden des **dbb berlin**, **Frank Becker**, die Landesvorsitzende der **gkl berlin**, **Cornelia Stemmler**, der Landesvorsitzende der **DJG Berlin**, **Peter Liebheit**, der Landesvorsitzende des **BSBD Berlin** und gleichzeitig stellv. Landesvorsitzender des **dbb berlin**, **Thomas Goiny**, die stellv. Landesvorsitzende der **DPoIG Berlin**, **Sabine Schumann** sowie der Regionalvorsitzende des Regionalverbandes der **DPVKOM** und gleichzeitig stellv. Landesvorsitzender des **dbb ber-**

lin, **Torsten Jaehne**, und außerdem die stellv. Landesvorsitzende der **DSTG Berlin** und gleichzeitig stellv. Landesvorsitzende des **dbb berlin**, **Sandra Kothe**, begrüßt werden.

Ebenfalls zur Unterstützung am Stand kam die Vorsitzende des Gesamtpersonalrates Finanzen, **Martina Riedel**. Darüber hinaus standen weitere zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus den Fachgewerkschaften für die mehreren hunderttausend Besucher des Motzstraßenfestes zur Information aus erster Hand zur Verfügung.

Besonders gefreut haben wir uns auch wieder über die Teilnahme von Vertretern des **DBSH** (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit), die aus Nordrhein-Westfalen und dem Saarland extra für diese Veranstaltung angereist waren. Vielfach konnte mit Beschäftigten über die Situation des öffentlichen Dienstes diskutiert werden. Zudem gab es diverse Anfragen zu Ausbildungsberufen im öffentlichen Dienst.

Eine weitere große Standaktion, die der **BSBD Berlin** im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit unterstützt hat, war der „Tag der offenen Tür“ bei der Berliner Polizei am 23. September 2018.

Darlehen für: Beamte auf Lebenszeit/Probe • Angestellte • Pensionäre bis 80 Jahre • alle Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst

TOP-KONDITIONEN www.beamtendarlehen-center.de
Persönliche Sofortberatung: ☎ 0800 - 77 88 000



Vermittelt: Karin Jäckel • Am Husalsberg 3 • 30900 Wedemark • Tel. 05130/97572-30 • Fax 05130/97572-59 • E-Mail: jaeckel@beamtendarlehen-center.de

Verfassungswidrige Alimentation nicht beseitigt

Erhöhung Sonderzuwendung Tropfen auf den heißen Stein

Die geplante zusätzliche Anhebung der Sonderzahlung für die Beamtinnen und Beamten in den Besoldungsgruppen A 4 bis A 9 kann die längst überfällige Erhöhung der Grundbesoldung in Berlin nicht ersetzen. Das hat der dbb berlin gegenüber Finanzsenator Matthias Kollatz klargestellt. Zwar sei die Maßnahme generell zu begrüßen, jedoch als Instrument zur Beseitigung einer verfassungswidrig zu niedrig bemessener Alimentation ungeeignet.

Konkret sieht der Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Sonderzahlungsgesetzes (2. SZÄndG) eine Anhebung der Sonderzahlung in den Besoldungsgruppen A 4 bis A 9 um 250 Euro auf 1.550 Euro – statt der bislang in 2018 vorgesehenen 1.300 Euro vor. So weit, so gut – wenn nicht die geradezu realitätsferne Begründung der Maßnahme aufhorchen ließe, wonach der Besoldungsabstand der unteren Besoldungsgruppen des Landes Berlin zu denen der anderen Bundesländer und des Bundes abgebaut werden soll.

„Das ist allenfalls ein Tropfen auf einen heißen Stein“, kommentiert der dbb Landeschef Frank Becker. „Offenbar will der Senat mit der auf gerade einmal 20 Euro brutto im Monat zu beziffernden Verbesserung die Ver-

fassungswidrigkeit der Alimentation in den unteren Besoldungsgruppen auf allerniedrigstem Niveau vermeiden.“ Ob das gelingt, ist allerdings äußerst zweifelhaft. Das Abstandsgebot wird missachtet, denn mit der erhöhten Sonderzahlung ausschließlich für die Besoldungsgruppen A 4 bis A 9 im Jahr 2018 droht ein neuer Konflikt mit der Verfassung, das jetzt schon unterschrittene Abstandsgebot zwischen den Besoldungsgruppen A 9 und A 10 wird noch stärker vernachlässigt. Tatsächlich schmilzt der Abstand zwischen A 9 und A 10 allein im Eingangssamt von 175 Euro auf 120 Euro monatlich und bildet damit die unterschiedlichen Anforderungen an die Ämter besoldungsrechtlich nicht verfassungskonform ab.

Dem Ziel der Besoldungsangleichung nicht nähergekommen

Besonders besorgt ist der dbb berlin jedoch darüber, dass das Land Berlin seinem Ziel einer Besoldungsangleichung an Bund und Länder bis zum Jahr 2021 wiederum so gut wie gar nicht näherkommt. „Bei einer Erhöhung von gerade einmal 20 Euro brutto/Monat muss man kein Rechenkünstler sein, um den fortbestehenden Besoldungsrückstand der Berliner Beamten auch in den unteren

Besoldungsgruppen auszumachen. Denn bereits im Jahr 2017 wurden in der Besoldungsgruppe A 8 bei 14 Jahren Berufserfahrung in Brandenburg knapp 75 Euro, in NRW ca. 153 Euro, in Thüringen über 150 Euro und beim Bund und in Bayern sogar ca. 330 Euro mehr bezahlt“, rechnet Becker vor. Dieser Rückstand dürfte sich auch 2018 – trotz der Besoldungserhöhung um 3,0 Prozent – nicht wesentlich verringert haben, da den diesjährigen Besoldungsanpassungen in den zitierten Gebietskörperschaften bedeutend höhere Grundbeträge zugrunde liegen.

„Auch dass das Land Berlin die Besoldungserhöhung mit zeitlicher Verzögerung erst zum 1. Juni gewährt hat, statt wie sonst im Bundesgebiet zum 1. Januar, ist kontraproduktiv und völlig unverständlich in Sachen Angleichung gewesen“, erinnert der dbb Landeschef. Das Land Berlin ist jetzt dringend gehalten, die Dienstbezüge insgesamt in einem weiteren Schritt in 2018 linear zu erhöhen, um der Feststellung einer verfassungswidrigen Unteralimentation durch das Bundesverfassungsgericht zu entgehen und um das selbst gesteckte Ziel bis zum Jahr 2021 das Besoldungsniveau des Durchschnitts der übrigen Bundesländer und des Bundes zu erreichen und zu realisieren.

Wichtig: Überlastungsanzeigen nicht vergessen

Nach dem Arbeitsschutzgesetz besteht die Pflicht, den Arbeitgeber vor dem Eintritt eventueller Schäden zu warnen

In der letzten Ausgabe des Hauptstadt Magazins des dbb berlin wurde über das Thema Überlastungsanzeige berichtet. Immer wieder erreichen auch den BSBD Berlin Anfragen zur Arbeitsüberlastung im Justizvollzug und wie der oder die Einzelne damit umgehen soll. Daher geben wir gerne die Informationen weiter.

In vielen Bereichen hat die Arbeitsverdichtung dramatische Formen angenommen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Aber auch wenn die Aufgabenflut zu erdrücken droht, für eines sollten die von chronischem Personalmangel, mangelhaften Arbeitsbedingungen oder organisatorischen Mängeln gebeutelten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich auf jeden Fall Zeit nehmen, nämlich für eine Überlastungsanzeige. Sie schützt die Betroffenen vor den Konsequenzen

von Flüchtigkeitsfehlern, die in andauern den Stresssituationen fast unvermeidlich auftreten, und ist ein Weckruf für den Dienststellenleiter, für Abhilfe zu sorgen.

Wer überlastet ist, macht Fehler

Tatsache ist, wer überlastet ist, macht Fehler und gefährdet sich und andere. Leicht kann es dabei auch zu finanziellen Einbußen beim Arbeitgeber kommen, die rechtliche Konsequenzen und Schadensersatzansprüche nach sich ziehen können. Eine Überlastungs-/Gefährdungsanzeige schützt vor diesen gefährlichen Folgen und zeigt dem Arbeitgeber auf, wo Gefahrenquellen für Leib oder sogar Leben von Beschäftigten liegen, finanzielle Ausfälle drohen oder im Justizvollzug sogar die Sicherheit gefährdet ist. Der Arbeitgeber muss dann aufgrund der Anzeige

in angemessener Reaktionszeit für Abhilfe sorgen. Für den BSBD Berlin ist es wichtig, dass die Beschäftigten vor Ort durch entsprechende Hinweise, das können auch Vermerke oder auch dienstliche Meldungen sein, auf entsprechend Gefahren hinweisen.

Nach dem Arbeitsschutzgesetz besteht sogar eine Pflicht, den Arbeitgeber vor dem Eintritt eventueller Schäden zu warnen. Die Überlastungsanzeige ist deshalb unverzüglich abzugeben, wenn eine Gefährdung durch den Beschäftigten festgestellt wurde.

Leider verstehen viele Vorgesetzte den Sinn der Überlastungsanzeige nicht. Es ist keine persönliche Anzeige, sondern ein wichtiger Hinweis, dass etwas im Bereich schief läuft. Dementsprechend ist eine Anordnung, keine Überlastungsanzeigen zu fertigen, oder gar die Androhung von Abmahnungen in

jedem Fall rechtswidrig. So wird immer wieder versucht Beschäftigte unter Druck zu setzen, um vermeintlich falsches Handeln zu verbergen. In derartigen Fällen sollte sofort die Interessenvertretung eingeschaltet werden. In besonderen Fällen hilft hier auch der Rechtsschutz als Mitglied im **BSBD Berlin** als zuständige Fachgewerkschaft für den Justizvollzug.

Bei der Fertigung der Anzeige ist zu beachten, dass auf jeden Fall Name und Arbeitsbereich des Beschäftigten, das Datum, die Beschreibung der Situation, sowie die Mindestbesetzung und die tatsächliche Besetzung der Stelle enthalten sein müssen. Außerdem gilt es, die Überlastungsmerkmale und persönliche Folgen sowie die Folgen oder Gefährdungen inklusiv dadurch nicht erledigter Aufgaben aufzuführen. Auch bereits erfolgte mündliche Hinweise und Abhilfesuche an den Vorgesetzten/Arbeitgeber sollten nicht fehlen. Schließlich muss die Überlastungsanzeige noch mit einer Unterschrift versehen werden – und fertig!

Ein Anzeigenmuster ist unter www.dbb.berlin abrufbar.

Der BSBD Berlin hilft:

Für Rückfragen bitte eine E-Mail an mail@bsbd-berlin.de senden

Zwei Tage mit den Großmeistern der Selbstverteidigung

Am 18. und 19. März 2018 hatte die DPoIG Berlin mehrere WingTsun-Meister in Berlin, darunter SEK- und FBI-Ausbilder und Großmeister Prof. Dr. sc. Keith R. Kernspecht.

Die Mitglieder hatten hier die Chance, zu trainieren und die speziellen Fertigkeiten dieser Verteidigungsart zu erlernen oder zu vertiefen.

Die DPoIG Berlin hatte auch den Mitgliedern der DSTG und des BSBD Berlin die kostenlose Teilnahme an dem Kurs ermöglicht, wofür wir als BSBD Berlin recht herzlichen Dank sagen. Das Seminar bot den Spezialkräften der Polizei am Samstag einen ganzen Tag zum Training an.

Am Sonntag hatten dann die Kolleginnen und Kollegen aus allen anderen Bereichen die Möglichkeit, ihr Wissen zu vertiefen. Eine sehr gelungene Veranstaltung, die auch im nächsten Jahr wiederholt werden soll.

Wir werden den Termin wieder rechtzeitig bekannt geben.

Euer BSBD Berlin



V.l.n.r.: Thomas Goiny (Landesvorsitzender), Thomas Bestmann (stellv. Landesvorsitzender), Silke Fischer (BBBank), Hein-Jörg Schmidt (Debeka).

Foto: BSBD Berlin

Willkommen im Berliner Justizvollzug

Ausbildungsordner für alle Neueinsteiger

Er hatte einen langen Vorlauf, der Ausbildungsordner, mit dem der BSBD Berlin jetzt die neuen Beschäftigten im Justizvollzug willkommen heißt. Zusammen mit seinen Partnern BBBank und Debeka leistet der BSBD Berlin damit effektive Hilfestellungen für die Neueinsteiger und stellt gleichzeitig seine Kompetenz und Einsatzbereitschaft für die Interessen der Beschäftigten im Berliner Strafvollzug unter Beweis.

Der Ordner informiert brandaktuell über einschlägige Vorschriften und Gesetze, u. a. Beihilfevorschriften, Bestimmungen über Vermögenswirksame Leistungen und Rechtsgrundlagen, die für den Berliner Justizvollzug wichtig sind. Die Partner BBBank und Debeka bieten allen Berufseinsteigern ihre günstigen Konditionen an. BSBD-Mitglieder erhalten sogar noch zusätzliche Vergünstigungen.

Leitfaden für Neueinsteiger

Verteilt wird der Willkommensordner an die Anwärterinnen und Anwärter im allgemeinen Justizvollzugsdienst und alle Neueinsteiger in den anderen Berufsgruppen im Strafvollzug, so auch an Beschäftigte im Werk-, Krankenpflege, Sozial- und Verwaltungsdienst.

„Es ist uns wichtig, den vielen neuen Kolleginnen und Kollegen im Berliner

Justizvollzug einen Leitfaden in die Hand zu geben, um Ausbildung und Einarbeitung in die neue Berufswelt zu erleichtern“, erläutert BSBD-Landeschef Thomas Goiny den Willkommensgruß. „Denn die Tätigkeit im Justizvollzug ist eher eine Berufung als ein Beruf. Flexibilität und Einsatzbereitschaft an 365 Tagen im Schicht- und Wechseldienst verlangen den Beschäftigten viel ab.“

Der BSBD Berlin will deshalb den Neueinsteigern mit Rat und Tat zur Seite stehen. Die Erfahrung habe gezeigt, dass neue Aufgaben oft mehr Fragen als Antworten aufwerfen und zusätzliche Erläuterungen notwendig sind, die in dieser Form im Justizvollzug nur der BSBD Berlin anbietet. „Besonders wichtig ist auch die rechtliche Absicherung, wenn einmal nicht alles rund läuft“, weiß Goiny. Denn die Erwartungen sind hoch, die Ausbildung anspruchsvoll und besonderes Fingerspitzengefühl im menschlichen Umgang gefragt. Auch ist der öffentliche Dienst nicht immer ein einfacher Arbeitgeber bzw. Dienstherr.

Dazu Thomas Goiny: „Unsere Aufgabe ist es, die Beschäftigten zu schützen und zu unterstützen. Wir machen das gern und gründlich, weshalb der Rechtsschutz (inkl. in Strafverfahren) ein wichtiger Schutz in der Arbeit des BSBD Berlin ist.“